

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt einleitend fest, dass die BUGA ein sensationeller Erfolg gewesen sei, über den man sich gemeinsam freuen könne. Er plädiert dafür den Skeptikern nun nicht mit Häme zu begegnen, denn davon habe es vor der BUGA in der Bevölkerung und im Stadtrat nicht wenige gegeben, die diesen Erfolg nicht erwartet hätten.

Allerdings habe sich die Skepsis in der Bevölkerung schon in den ersten Tagen zu einer regelrechten Begeisterung gewandelt.

Er dankt deshalb allen, die das Projekt BUGA mit auf den Weg gebracht und ermöglicht hätten und verweist darauf, dass nicht nur der, der Recht gehabt habe Respekt verdiene, sondern auch derjenige, der sein Unrecht erkenne.

Der Erfolg habe viele Väter und Mütter und er habe versucht diese alle in seiner Dankesrede auf der Abschlussveranstaltung zu benennen.

Der Slogan „Koblenz verwandelt“ und das Abschlussplakat „Danke Koblenz“, angesichts der 77.000 verkauften Dauerkarten, hätten sich als richtig erwiesen.

Dies sei wirklich „unser Sommer“ gewesen und man habe dies gemeinsam hingekriegt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt dar, sich deshalb auch zu wünschen, das Nachnutzungskonzept gemeinsam beschließen zu können.

Im Folgenden erläutert Frau Kirchner (BUGA GmbH) anhand einer Power Point Präsentation das aktuelle Nachnutzungskonzept für das BUGA Gelände.

Sie stellt zunächst dar, dass das gesamte BUGA Daueranlagenkonzept unter dem Aspekt der Nachnutzung entwickelt worden sei. Dies habe man auch durchgehalten, aber im Zuge des BUGA Endes seien die in der Vorlage dargestellten Aspekte hinzugekommen.

Sie erläutert, dass man in der Daueranlagenplanung ursprünglich vorgesehen habe, dass alle Flächen nach der BUGA geöffnet werden sollten. Inzwischen sei der Stand aber so, dass der Schlossbereich eingezäunt bleiben solle. Hierzu seien einige Anpassungen notwendig, da der bisherige Gärtnermarkt gegenüber dem SGD-Parkplatze abgegrenzt werden müsse.

Somit bleibe das Schloss eingezäunt, allerdings sollten die Tore immer offen bleiben, damit der Park jederzeit öffentlich zugänglich sei.

Analog sei das Vorgehen beim Festungspark, wo die Zäune ebenfalls bei offenen Toren erhalten werden sollten. So werde auch der von Urbar kommende Weg wieder angebunden.

Bei Großveranstaltungen habe man die Möglichkeit den Parkbereich wieder abzuschließen und zu kontrollieren.

Im Bereich des Deutschen Ecks würden die Zäune grds. entfernt und es würde lediglich der Bereich des Blumenhofes eingezäunt.

Ferner habe man vorgeschlagen die Tore beidseitig des Deutschen Ecks zu erhalten. So bestehe die Möglichkeit den Bereich des Deutsche Ecks für Veranstaltungen abzutrennen. Für Großveranstaltungen seien sie aber auch demontierbar.

Frau Kirchner führt aus, dass im Bereich des Schlosses die meisten Ausstellungen zurück gebaut würden. Das Schlossrondell werde im Bereich der Eingänge Rasenflächen und gegenüber der Parkplätze eine Hecke erhalten. In der Mitte werde die Hauptachse im Endausbau durch einen befestigten Weg gestärkt.

Darüber hinaus sollten die lange Tafel und die Staudenflächen in den Zirkularbauten erhalten werden, was in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehen gewesen sei.

Im nächsten Jahr werde nochmals ein Satz neuer Stühle durch die BUGA GmbH zur Verfügung gestellt, in den darauf folgenden Jahren biete es sich an, in einer Aktion zur Eröffnung der Gartensaison diese Stühle neu zu bemalen.

Man habe auch vorgeschlagen, einen Teil der Wechselflorkrone nur im nächsten Jahr erneut zu bepflanzen, um einen Übergang in die neue Gartensaison zu schaffen. Weiterhin habe sich ergeben, dass die Leselounge erhalten werden solle und durch die Buchhandlung Reuffel und das Theater, in Verbindung mit dem Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen, als kultureller Ort bespielt werden solle.

Auch der Ausstellungsbeitrag Zeitbogen in den Zirkularbauten solle erhalten bleiben.

Als weitere Maßnahme sei im nächsten Frühjahr vorgesehen, im Bereich des Clemens Platzes, des Deutschen Ecks, vor dem BWB und auf dem Festungsplateau nochmals Tulpen zu pflanzen. Diese Tulpen sollten dauerhaft erhalten bleiben, würden aber im Laufe der Jahre nicht mehr in gleicher Intensität blühen.

Auf dem Festungsplateau habe sich als wesentliches Thema der Nachnutzung die Thematik des Überlaufparkplatzes nochmals als neue Aufgabenstellung ergeben. Man suche derzeit in Abstimmung mit der Generaldirektion kulturelles Erbe und den zuständigen Ämtern der Stadt eine Lösung, damit der Parkplatz nicht in der geplanten Form gebaut werden müsse. Er solle möglichst nie genutzt werden und solle deshalb nur als Schotterrasenfläche hergestellt werden. Stattdessen solle auf dem Gelände der WTS eine Lösung als Überlaufparkplatz für Reisebusse gefunden werden.

Ziel sei es zukünftig kein Parken innerhalb des Festungsparks vorzusehen.

Aus den Diskussionen habe sich außerdem ergeben, dass die Stauden vor dem Eichenboskett und die Hecken im Bereich der Rosen erhalten werden sollten.

Im Bereich der ehemaligen Gastronomie werde die wassergebundene Decke erhalten, damit ein kleiner Platz entstehe.

Im Bereich des Ausstellungsbeitrags „Artenvielfalt“ würden darüber hinaus weitere Sportangebote neu erstellt werden. Man wolle für den Festungspark das Thema der sportlichen Aktivitäten durch Anlage einer Laufbahn und ergänzende sportliche Angebote stärken.

Die Gestaltung sei mit dem Sport- und Bäderamt und Sportvereinen abgestimmt.

Frau Kirchner führt weiter aus, dass der Friedhofsbeitrag zurückgebaut werde, aber die erste Wegespanne erhalten bleibe.

Im Eingangsbereich zur Festung sollten ferner noch 37 Stellplätze hergestellt werden.

Sie stellt dar, dass das Bühnendach im Festungsgraben ebenfalls erhalten werden solle. Dazu sei geprüft worden, ob und in welcher Form dies bautechnisch möglich sei. Nun werde, sobald die Beschlüsse vorlägen, eine statische Nachrüstung der Konstruktion beauftragt. Damit habe man die Möglichkeit die Konstruktion und auch die Membran dauerhaft dort zu belassen. Die Lebensdauer der Membran werde von den Architekten mit ca. 15 Jahren angegeben.

Von den Kunstwerken könnten die Steinspirale von Chris Drury und die Himmelslinien innerhalb der Festung erhalten bleiben.

Auf dem Festungsplateau würden außerdem die schon vorher vorhandenen Skulpturen des Symposiums Künstler gegen Gewalt im Bereich des Friedhofsbeitrags wieder aufgestellt. Darüber hinaus sollten in den nächsten zwei Jahren Spendengelder für den Erhalt der Robinien von Erwin Wortelkamp gesammelt werden. Ziel sei es 45.000 - 60.000 Euro zu sammeln, um eine Finanzierung zu erreichen.

Im Bereich des Deutschen Ecks habe das Ludwig Museum die Venet Skulptur erworben, die ebenfalls erhalten bleibe, aber versetzt werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dankt Frau Kirchner für die Ausführungen und allen Mitwirkenden in der Arbeitsgruppe Nachnutzung.

Rm Coßmann (CDU) möchte wissen, ob, wie es ursprünglich angedacht gewesen sei, der Wildzaun auf dem Festungsplateau durch einen festen Zaun ersetzt werden solle.

Dies wird von Frau Kirchner unter Verweis auf das Gesamtkonzept verneint. Sie sollten lediglich dort umgerüstet werden, wo die Eingangssituation dies erfordere. Bei einem kompletten Austausch der Zaunanlage fielen erhebliche Mehrkosten an.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt, dass man im Aufsichtsrat der BUGA GmbH eine Prüfung bezüglich der angesprochenen Thematik angedacht habe und schlägt vor, diese bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung durchzuführen, um konkrete Kosten nennen zu können.

Herr Stückle (BUGA GmbH) teilt mit, dass es schon ein Prüfergebnis gebe. Die Kosten betragen demnach zwischen 40.000 (verzinkter Maschendraht) und 60.000 Euro (Gittermattenzäune). Es handele sich um ca. 1.100 m Zaunanlage.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hält es für sinnvoll, in der nächsten Aufsichtsratssitzung auf diese Frage zurück zu kommen und betrachtet die gerade gemachten Angaben als einen vorläufigen Stand. Die abschließende Entscheidung solle auf Grundlage des tatsächlichen Kassensturzes getroffen werden, da eine feste Zaunanlage erhebliche Vorteile mit sich bringe.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke fragt nach, wo die Technik und Beleuchtung der Bühne im Festungsgraben gelagert werden könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt dar, dass man zunächst für das Jahr 2012 das vorhandene Dach so verstärken wolle, dass es über Winter und darüber hinaus dauerhaft erhalten bleiben könne.

Er erläutert, dass die Kosten für die Verstärkungsmaßnahmen des Daches den gleichen Kostenrahmen, wie ein Abbauen des Daches über Winter und ein anschließendes Wiederaufbauen hätten.

Vor dem Hintergrund, dass man das Dach zur Umsetzung der zu beschließenden Maßnahmen brauche, habe der Aufsichtsrat zugestimmt, das Dach für das Jahr 2012 so herzurichten. Unabhängig davon stelle sich diese Frage für die Folgejahre.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt dazu aus, dass es schon zum Zeitpunkt der Gründung des Fördervereins „Kulturzentrum Festung Ehrenbreitstein“ in Verbindung mit den Festungsspielen und den vielen anderen Aktivitäten auf der Festung, von jedem Veranstalter der

Hinweis bzgl. der Notwendigkeit eines Daches gegeben habe. Andernfalls müsse man für den Fall schlechter Witterungsbedingungen immer noch einen großen Saal reservieren, um die Veranstaltung durchführen zu können. Die damit verbundenen Kosten könne kein Veranstalter tragen.

Aus diesem Grunde sei es jahrelang ein Wunsch gewesen dort ein Dach zu installieren. Allerdings hätten die Kosten über eine Million Euro betragen, daher sei das Projekt gescheitert. Nun habe man die Chance, dauerhaft ein Dach mit langer Überlebensdauer zu erhalten.

Das Problem liege nun darin, dass das Dach allein nicht weiter helfe, sondern es müsse gleichzeitig auch eine Bühne und Bühnentechnik geben. Dazu gehöre auch die Logistik. Daher sei die Frage des dauerhaften Verbleibs des Daches verbunden mit der Frage, ob man es schaffe, eine überblickbare Investition für eine Bühne und Licht- und Tontechnik im Hinblick auf die laufende Betreuung zu realisieren.

Deshalb seien weniger die Investitionskosten, als vielmehr die Kosten der laufenden Betreuung das Problem.

Da dies über den Auftrag der BUGA GmbH hinausgehe, habe man beschlossen der Koblenz-Touristik einen Prüfauftrag zu geben, um ein Gesamtkonzept der kulturellen Bespielung des Festungsbereiches vorzulegen.

Erst dann könne man entscheiden, ob es Sinn mache, eine dauerhafte Investition in Bühne, Dach und Technik zu betreiben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hofft, dass man diese Frage im Januar oder Februar entscheiden könne. Man sei deshalb zu dem Schluss gekommen, die Beschlussfassung zu den Ziffern 26 und 27 zurückzustellen, bis die notwendigen Beratungsgrundlagen vorlägen. Im Haushalt der BUGA habe man entsprechende Voraussetzungen geschaffen, um ein positives Prüfergebnis auch umsetzen zu können.

Ferner möchte FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke wissen, wer den Auftrag an Herrn Wortelkamp vergeben habe, die gefällten Robinien zu verarbeiten. Er habe in Erinnerung, dass die Bäume als Baumdenkmäler auf die Festung gestellt werden sollten.

Frau Kirchner berichtet, dass der Auftrag an Herrn Wortelkamp im Rahmen des Kunstkonzeptes durch die BUGA GmbH erteilt worden sei. Zu beachten sei, dass es auch den Kunstbeirat der BUGA und zwei Kuratorinnen gebe. Die für den Bereich Schloss zuständige Kuratorin habe den Auftrag gehabt, für die beiden Stämme einen Künstler zu finden, der daraus eine künstlerische Arbeit habe erstellen sollen.

Sie führt aus, dass sie sich nicht erinnern könne, dass eine Absicht bestanden habe, die Stämme als Baumdenkmäler auf die Festung zu bringen. Die Stämme seien Teil des Kunstkonzeptes und daher habe die Angelegenheit so auch ihre Richtigkeit.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke fragt nach, ob in den Mitteln des Kunstbeirates keine Mittel für den Erwerb der Skulpturen enthalten seien.

Frau Kirchner erklärt hierzu, dass das gesamte Kunstkonzept nur als ein temporäres Kunstkonzept angelegt gewesen sei. Dies sei auch immer so kommuniziert worden und hierfür habe man Mittel zur Verfügung gehabt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fügt an, dass er hier kein Problem sehe, da keine Mittel des BUGA Etats aufgewendet werden sollten, sondern die Kunstwerke nur erworben würden, wenn es eine ausreichende Bürgerinitiative gebe.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) gibt bezüglich der Frage von FBG-Fraktionsvorsitzendem Gniffke zu bedenken, dass er ebenfalls davon ausgegangen sei, dass die Robinien als Baumdenkmäler auf die Festung verbracht würden. Dies sei bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt so gewesen.

Unangenehm sei nun, dass diese der Stadt Koblenz gehörenden Robinien nun Teil eines Kunstwerkes seien und dort nicht mehr rauszulösen seien.

Dem widersprechen Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig und Frau Kirchner und erläutern, dass die Robinien nicht mehr im Eigentum der Stadt Koblenz seien.

Sie gehörten dem Künstler, da dieser die Robinien mit dem Auftrag, daraus ein Kunstwerk zu fertigen, zur Verfügung gestellt bekommen habe.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) äußert Unverständnis darüber, dass die Stadt Koblenz nun auf der Festung, die dem Land sei, ein Bühnendach betreiben wolle.

Er verstehe nicht warum man dies tun wolle. Ferner handele es sich dabei sicherlich um ein neues Projekt.

Er gibt zu bedenken, dass bei den Festungsspielen jede Aufführung teurer geworden sei. Dies habe nicht an einem fehlenden Dach gelegen sondern daran, dass man nicht in der Lage gewesen sei, diese Fläche in finanzieller Sicht hinreichend zu bespielen.

Er weist darauf hin, dass nun eine neue „Baustelle“ entstehe, die mehr Mittel beanspruche, als man sich angesichts der Haushaltslage leisten könne.

Er resümiert, dass das Dach an dieser Stelle sicherlich wünschenswert sei und regt an deshalb bei der GDKE anzufragen, ob diese nicht bereit sei, das Dach zu übernehmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, dass solche Gespräche bereits geführt worden seien und zu einem Ergebnis geführt hätten, das in die Beratungsvorlage eingeflossen sei.

Er führt aus, dass man als Stadt Koblenz ein Interesse daran habe, Veranstaltungen auch in Liegenschaften, die nicht im Eigentum der Stadt stünden, durchzuführen. Dann müsse man allerdings, wie jeder andere auch, bereit sein die Logistik zu übernehmen und verweist darauf, dass das Land in den nächsten Jahren im Bereich der Festung noch zweistellige Millionenbeträge investieren müsse.

Man müsse nun damit aufhören, bei jeder Frage die Eigentumsverhältnisse zu hinterfragen und darin Ansätze zu suchen. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Festung Ehrenbreitstein niemals mehr Teil von Koblenz gewesen sei, als sie es durch die BUGA geworden sei. Man sei nun endlich auch in dieser Hinsicht „eine“ Stadt geworden.

Wenn die Stadt die Touristen binden wolle, müsse auch dort investiert werden.

Die Frage, ob sich die Investition lohne, müsse sachlich geklärt werden und dies geschehe auf dem beschriebenen Weg, wenn der Stadtrat zustimme, im Aufsichtsrat.

Dazu müsse in einem Bespielungskonzept sichergestellt werden, dass es in jedem Jahr mindestens zwölf große Veranstaltungen gebe. Dies müsse aus dem Bestand der Koblenz-Touristik gemacht werden. Sei diese konzeptionelle Grundlage gegeben, dann sei die Investition sinnvoll.

Rm Diehl (CDU) führt aus, dass die BUGA unter dem Stichwort „Koblenz verwandelt“ gezeigt habe, dass vieles gemeinsam besser gehe. Die gerade geführte Diskussion habe gezeigt, dass, füge man alle verfügbaren Flächenressourcen zusammen und bilde eine gute Struktur, es viele ehrenamtliche Kräfte gebe, die froh gewesen seien, Koblenz gemeinsam verwandelt zu erkennen. Die CDU-Fraktion wolle deshalb mit den Abstimmungen der Tagesordnungspunkte sieben und acht eine Struktur legen, um solche Dinge auch zukünftig wieder zu ermöglichen. Darunter seien nicht die getätigten Ausgaben zu verstehen, sondern man wolle die Struktur legen, damit den Bürgerinnen und Bürgern, ggf. in Gemeinschaft mit dem Land oder der Koblenz-Touristik, die Möglichkeit gegeben werde, die verschiedenen schönen Plätze in Koblenz zu erhalten.

Die CDU-Fraktion werde bei den Abstimmungen, auch wenn es bei den Einzelabstimmungen sicherlich manche Differenzierung zu sehen gebe, den meisten Punkten zustimmen.

Differenzierungen seien bspw. im Bereich des Kastorplatzes oder anderen Bereichen zu sehen, wo man sich Veränderungen vorstellen könne.

Im Endeffekt schwebe über allem die Frage, so Rm Diehl (CDU), dass viele sagten, beide Bereiche der Bundesgartenschau seien nur durch die Seilbahn, die die CDU sehr früh unterstützt habe, zu meistern gewesen und damit habe man ein noch viel größeres Thema zu besprechen.

Er gibt zu bedenken, dass man sich, wenn man heute nicht die Basis der Kultur ergreife, die Chance auf ein weiterblühen der BUGA nehme.

Rm Schupp (FDP) fragt nach, ob es Pläne dafür gebe, den Bereich auch für Hundehalter zugänglich zu machen, da es ihm gerade im Bereich der Festung ein Anliegen sei, dieses von Hunden frei zu halten. Es habe es sehr positiv empfunden, wie die Kinder in diesem Jahr sorgenfrei über die Wiesen hätten toben können.

Frau Kirchner führt aus, dass diese Frage in der Arbeitsgruppe diskutiert worden sei und aufgrund der bestehenden Anleinpflcht Hunde auch auf die Flächen dürften. Sie dürften allerdings nicht frei laufen gelassen werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt, dass der Waldspielplatz in jedem Falle hundefrei sein werde.

Weiterhin möchte Rm Schupp (FDP) wissen, ob angedacht sei, Jahreskarten für die Benutzung der Seilbahn und den Festungseintritt anzubieten. Er denke hier bspw. an einen Betrag von 100 Euro für die Seilbahn und 30 Euro für die Festung, womit man wie bei der BUGA Dauerkarte einen Betrag von 130 Euro erhalte.

Angesichts der 77.000 verkauften BUGA-Dauerkarten könne er sich vorstellen, dass man 20.000 Dauerkarten pro Jahr verkauft bekäme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt dar, dass es sich dabei nicht um eine Frage handele, die der Stadt zu stellen sei, sondern an jene, die Eintritte bzw. Gebühren verlangen könnten.

Die Stadt habe sich im Nachnutzungskonzept entschieden, zumindest gegenwärtig in ihren Bereichen keine Eintritte zu verlangen.

Deshalb gehe es im Augenblick nur um die Frage Seilbahn und Festung und dies sei eine Frage an die Firma Doppelmayr und das Land.

Dort seien Verhandlungen über ein Kombiticket geführt worden, die am 11.11.2011 vorgestellt würden.

Rm Sauer (CDU) bedankt sich zunächst für die Vorstellung des Nachnutzungskonzeptes und äußert, es toll zu finden, dass darin viele Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen und darauf hin auch geändert worden seien. Dazu gehöre u.a. auch das Schlossrondell, wo man die Staudenbögen erhalte. Sie bedauert, dass man 53.000 Euro investieren müsse, um das Gelände einzuzäunen. Sie sei kein Freund von Einzäunungen, verstehe aber auch, dass man diese Flächen schützen müsse und sicher ohne Zäune nicht auskomme.

Zusammengerechnet sei es allerdings eine erschreckende Summe, um die Flächen vor Verwüstung zu schützen.

Sie weist darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Ehrenbreitstein, Niederberg und Arenberg sehr froh seien, dass auf dem Gelände der Festung nach dem Wegfall des Rasenplatzes, wieder Sportflächen integriert werden könnten.

Dies bedeute, dass für die Bürgerinnen und Bürger wieder Freizeitfläche zur Verfügung gestellt würde, was in der Konzeption der BUGA leider nicht gelungen sei.

Sie fasst zusammen, dass es sich bei dem Nachnutzungskonzept um eine sehr gelungene Konzeption handele, die man nur befürworten könne und dankt den Freunden der BUGA dafür, dass diese sich freiwillig zur Übernahme von Aufgaben bereit erklärt hätten. Ohne sie sei das Nachnutzungskonzept so nicht durchführbar.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fügt an, dass es sowohl bei der Bürgerinformationsveranstaltung zum Nachnutzungskonzept, als auch bei der schwimmenden Bürgerversammlung hinsichtlich der Einzäunung rauschenden Beifall gegeben habe.

Die Bürgerinnen und Bürger hätten aufgrund von Erfahrungen Angst, dass es in diesen hochwertigen Bereichen zu Verwüstungen komme. Deswegen sei es eine kluge Entscheidung, das Nachnutzungskonzept an dieser Stelle zu ändern. Er betont, dass man es sich ausdrücklich, für den Fall, dass die rein dingliche Sicherheit nicht genüge, vorbehalte, auch mit personaler Sicherheit nachzusteuern.

Er erläutert, dass derzeit Gespräche mit der Generaldirektion kulturelles Erbe bzgl. des Festungsplateaus und den Betreibern der Gastronomie im Schloss geführt würden, um zu schauen, was man dort tun könne.

Man müsse in jedem Falle in der Lage sein, sofort zu reagieren, falls Vandalismus auftrete. Andernfalls würde man das wichtigste Kapital der BUGA, die Leute zufrieden zu stellen, verspielen.

Rm Altmaier (SPD) führt aus, dass man bei einigen Wortbeiträgen meinen, könne, dass es keine BUGA in Koblenz gegeben habe. Die BUGA sei nun seit 25 Tagen vorbei und bei den meisten Koblenzern sei die Halbwertszeit der BUGA wohl länger, als gerade von dem ein oder anderen geäußert worden sei. Man sei schon verwundert, dass der Beitrag bzgl. der Festung Ehrenbreitstein gekommen sei, ob dies alles so sein solle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig habe in seinen Ausführungen verdeutlicht, dass man froh sein könne, dass die Festung in der Wahrnehmung der Koblenzer endlich ein neuer Teil der Stadt sei und das Land zusätzlich zu den BUGA Investitionen in die Festung investiert habe.

Ferner seien viele hier angesprochene Punkte bereits in den Fachausschüssen besprochen worden. Dazu gehöre bspw. das Thema Kastenlinden, bei dem von vorneherein klar gewesen sei, dass diese dauerhaft angelegt würden. Auch die Thematik „Koblenz Card“ als Dauerkarte für Koblenz sei bereits im Werkausschuss Koblenz-Touristik vorgestellt worden. Dabei sei auch angesprochen worden, dass derzeit etwas entwickelt werde, was über eine Kombikarte für Seilbahn und Festung hinausgehe.

Man solle aber, auch in Anbetracht des Haushaltes, nicht alles dem Rotstift zum Opfer fallen lassen. Man müsse den Schwung des Jahres 2011 im Jahr 2012 nutzen um richtig Fahrt aufzunehmen. Durch den Zentralplatz werde man im Jahr 2013 ohnehin noch mal etwas Großartiges haben in den nächsten Jahren. Deshalb müsse man das Jahr 2012 nun überbrücken.

Rm Altmaier (SPD) regt unter Verweis auf die bereits gemachten Ausführungen an, das Konzept, die Tore am Deutschen Eck zu belassen, nochmals zu überprüfen, da der Ein- und Ausbau der Tore beim derzeitig geplanten Veranstaltungskonzept wohl häufiger stattfinden müsse als angenommen. Er bittet darum, dies für die Aufsichtsratssitzung zu berücksichtigen und mit der Koblenz-Touristik und anderen Veranstaltern abzustimmen.

Frau Kirchner (BUGA GmbH) erläutert dazu, dass dieses Thema bereits zur Diskussion gestellt worden sei und es sich nur um einen Vorschlag der BUGA GmbH handle. Sie sei der Meinung, dass hier von der Nutzerseite entschieden werden müsse, ob es praktikabel sei oder nicht. Daher sei der Hinweis, dies mit der Koblenz-Touristik abzustimmen richtig, da diese für die Veranstaltungen dort zuständig sein werde.

Die Entscheidung werde letztlich davon abhängen, wie viele Veranstaltungen dort in einer Größe durchgeführt würden, bei der die Tore aufgrund der Entfluchtung nicht verbleiben dürften. Dies werde nochmals gemeinsam mit der Koblenz-Touristik abgestimmt.

Rm Contento (CDU) gibt an, die Umzäunung des Schlossbereiches zu unterstützen und möchte wissen, ob, so wie er es verstanden habe, die Tore tagsüber geöffnet seien und nachts verschlossen würden oder ob sie immer geöffnet seien.

Frau Kirchner erläutert, dass es zum einen den Schlossgarten gebe, bei dem die Daueranlagenplanung bereits eine Umzäunung vorgesehen habe, der abends immer abgeschlossen werde.

Vor dem Schloss sei es nicht vorgesehen gewesen, die Tore abzuschließen, allerdings habe man nun die Option dies im Bedarfsfall, ggf. in Abstimmung mit der Gastronomie, zu tun.

Bislang solle dieser Bereich allerdings offen bleiben.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) hofft, dass die sehr erfolgreiche Bürgerinformationsveranstaltung im Schloss nicht die einzige Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung gewesen sei. Sie habe unter Bürgerbeteiligung, so wie man den Antrag gestellt habe, eigentlich etwas anderes verstanden.

Es werde andauernd von einem Prozess der Nachnutzung gesprochen und man solle die Bürgerinnen und Bürger weiter daran beteiligen und es nicht bei einer Informationsveranstaltung mit 600 Anwesenden, bei der Konzepte vorgestellt worden seien, belassen.

Man habe am 09.11.2011 die erste Sitzung des Arbeitskreises Radverkehr gehabt und es seien 50 Personen anwesend gewesen. So könne man wesentlich anders arbeiten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, dass es den Beteiligten bewusst gewesen sei, dass das Interesse an der Informationsveranstaltung groß sei, dass allerdings rund 1.000 Menschen kämen, damit habe niemand gerechnet.

Dies sei eine äußerst erfreuliche Tatsache, der man allerdings logistisch habe nicht entsprechen könne. Für die 600 Anwesenden im Saal sei die Veranstaltung allerdings ein voller Erfolg gewesen.

Daran könne man erkennen, dass die Menschen sich trotz Politikverdrossenheit für ihre Heimatstadt und deren Entwicklung interessierten.

Wo dieses Interesse bestehe, gebe es dann auch ein Angebot an Veranstaltungen. Aus diesem Grunde werde man ähnlich wie beim Zentralplatz, wozu es bereits drei gut besuchte und sachliche Veranstaltungen gegeben habe, bei Neuerungen weitere Veranstaltungen durchführen.

Vorliegend biete sich der März 2012 an, um dann die Einzelheiten des Veranstaltungskonzeptes erläutern zu können.

Ferner stelle sich eines Tages, nach Fertigstellung der Rhein-Mosel-Halle, auch das logistische Problem im Schloss nicht mehr.

Er stellt nochmals heraus, dass die Bürger in allen Fällen, in denen es großes Interesse daran gebe, beteiligt werden sollten. Dass man dies auch ernsthaft verfolge, zeige die Vorlage zu dieser Stadtratssitzung, die alle Anliegen aus der Informationsveranstaltung nach Prüfung im Arbeitskreis und Besprechung im Stadtvorstand, aufgelistet enthalte. Alle Vorschläge, die man habe integrieren können, seien auch in der Vorlage aufgenommen.

Rm Baum (FBG) fragt nach, inwieweit Überlegungen fortgeschritten seien, die Seilbahn in den ÖPNV zu integrieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, dass die entscheidende Frage sei, ob es gelinge die Seilbahn dauerhaft zu erhalten. Dazu habe er den Stadtrat und die Öffentlichkeit mehrfach unterrichtet. Derzeit gebe es keinen neuen Sachverhalt.

Die Planungen für das Jahr 2012 würden am 11.11.2011 vom Betreiber vorgestellt werden. Die Frage der Zukunft werde mit der Firma Doppelmayr Ende August/Anfang September 2012 verhandelt werden, nachdem man die tatsächliche Nachfrage kenne. Dann werde man auch im Stadtrat über die Zukunft verhandeln können und müssen.

Er führt aus, dass man zunächst in dem Halbjahr ab 16. März 2012 das Angebot nutzen könne und er hoffe, dass auch Berufspendler die Seilbahn als Weg in die Innenstadt nutzen werden, um damit einen Beitrag zur Entspannung der Parkplatzsituation zu leisten.

Rm Henchel (BIZ) stellt dar, dass man in der letzten Sitzung des BUGA Ausschusses einvernehmlich den Wunsch geäußert habe, auch den Bereich vor dem Schloss nachts abzuschließen. Er sehe dort eine Notwendigkeit, da in der Innenstadt nachts der Teufel los sei und die investierten Werte geschützt werden müssten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, dass man dabei sei zu prüfen, wie man dies mit dem Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen oder dem Pächter des Schlosses realisieren könne.

Rm Scherhag (CDU) merkt an, dass die in der Vorlage dargestellte Kalkulation für das im nächsten Jahr geplante 12-tägige Fest aus seiner Sicht zu undifferenziert dargestellt sei. Er könne erkennen, dass diese Veranstaltungen mit einem Eigenanteil von 25 % und einer Bezuschussung von 75 % budgetiert seien.

Er bittet darum, dass die BUGA GmbH die Situation der Kostenverteilung zwischen den Veranstaltern und dem Zuschussgeber ggf. differenziert nach Art der Veranstaltung darstelle und hinsichtlich des Kostenbeitrages eine Steigerung von 25 % auf 50 % erwägen solle.

Er denke dies sei hinsichtlich der anderen Veranstaltungen in der Region durchaus zumutbar.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass es im laufenden Etat noch einen Spielraum gebe, das Nachnutzungskonzept zu finanzieren. Dies sei jedes Wort der Anerkennung an die Geschäftsführer der BUGA GmbH wert.

Er wisse aus den vielen Besprechungen mit Herrn Faas, dass dieser immer dem Prinzip des konservativen, vorsichtigen Geschäftsmannes folge. Sollte sich nach Durchplanung der einzelnen Veranstaltungen der Eindruck ergeben, dass man eine höhere Einnahmequote erzielen könne, so werde es den Planern immer recht sein, am Ende weniger als geplant auszugeben. Bei der Vorlage handele es sich um einen Ausgaberahmen mit dem Ziel ihn nicht voll auszuschöpfen. Die Veranstaltungen seien noch nicht in allen Einzelheiten durchgeplant und man stelle insofern nun einen Rahmen zur Verfügung.

Rm Scherhag (CDU) führt aus, nicht zu fragen, dass wirtschaftlich gehandelt werden solle, aber dies sei aus der Vorlage nicht erkennbar. Es sei eine Anmerkung dies zukünftig, genau so wie in der Vergangenheit, zu tun. Das sparsame Wirtschaften der BUGA GmbH bedeute schließlich nicht, dass die Mittel nun verausgabt werden müssten. Es sei sein Wunsch, dass entsprechende Prüfungen stattfänden und der Zuschussbedarf so reduziert werden könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sichert zu, dass diesem Wunsch entsprochen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erfolgen die einzelnen Abstimmungen.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen berichtet, dass man in der Fraktionssitzung am 07.11.2011 die Zusammenarbeit zwischen Koblenz-Touristik und BUGA GmbH nicht habe erkennen könne. Daher habe man den folgenden Ergänzungsantrag formuliert:

„Der Eigenbetrieb Koblenz-Touristik ist in alle Veranstaltungsvorbereitungen einzubinden, um hier auch im Sinne der Nachhaltigkeit – über das Jahr 2012 hinaus – die vorgesehenen Veranstaltungen auszubauen bzw. diese weiterentwickeln zu können.“

Man wolle diese Ergänzung unter den bereits im Beschlussentwurf vorhandenen Absatz einfügen.

Am 10.11.2011 habe man die Einladung zum BUGA Ausschuss erhalten, die einen Tagesordnungspunkt vorsehe, in dem die Koblenz-Touristik ein Veranstaltungskonzept vorstellen werde. Man habe den Ergänzungsantrag aber bereits am 07.11.2011 beschlossen.

Im Sinne der Verwandlung der Stadt Koblenz und der Verwandlung der Zusammenarbeit begrüße man es, wenn die Koblenz-Touristik in die Planungen eingebunden werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig legt dar, dass das Beantragte konstitutioneller Bestandteil dessen sei, was gerade geschehe.

Er bittet darum, pragmatisch mit diesem Ergänzungsantrag umzugehen, sofern keiner grundsätzliche Bedenken damit habe.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen gibt an, die Präsentation, wie vielleicht auch andere Ratsmitglieder, nun erstmalig gesehen zu haben. Aus der schriftlichen Vorlage gehe nicht hervor, dass die Koblenz-Touristik einbezogen sei. Man wisse aus der Vergangenheit, dass dies nicht geschehen sei und aus diesem Grunde habe man den Antrag gestellt.

Rm Altmaier (SPD) führt aus, dass ein solcher Antrag sehr wohl Relevanz habe, da man sich in einem politischen Wettbewerb befinde, in dem es um die besten Ideen gehe. Allerdings sei dieser Punkt schon mehrfach im Werkausschuss Koblenz-Touristik besprochen worden und dies müsse auch ein Mitglied der antragstellenden Fraktion wissen. In den großen Fraktionen finde in dieser Hinsicht ein Austausch statt und er bittet darum, auch wenn es schwieriger sei, so auch in den kleinen Fraktionen zu verfahren. Dann könne man sich solche Diskussionen sparen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet darum, nicht von „den“ kleinen Fraktionen zu sprechen, da es sich um einen konkreten Antrag handle. Er stimmt Rm Altmaier in der Sache zu, hält es allerdings nicht für sinnvoll darüber eine Kampfabstimmung durchzuführen.

Auf Nachfrage gibt die FDP-Fraktion an, den Antrag nicht zurückzuziehen.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) verweist darauf, dass die BUGA GmbH vorsichtig gewirtschaftet habe und deshalb noch über Geld verfüge. In diesem Zusammenhang habe man überlegt, wie man die Stadtbäume bekommen könne, die man im BUGA Ausschuss sehr lange diskutiert habe.

Man stelle daher den folgenden Antrag:

„Der Stadtrat bittet die BUGA GmbH aus ihrem Budget 100.000 Euro für die Pflanzung von Bäumen im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen.“

Die Begründung sei, dass im BUGA Ausschuss während den Planungen zur Bundesgartenschau der Ausgleich von Bäumen im Verhältnis 1 : 3 politisch beschlossen worden sei.

Die Forderungen der SGD Nord seien bereits erledigt worden, allerdings sei dieser Ausgleich im BUGA Ausschuss beschlossen worden.

Sie möchte wissen, ob eine Möglichkeit der Umsetzung bestehe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, dass der Aufsichtsrat ein Nachnutzungskonzept finanziert habe. Dem könne der Stadtrat zustimmen oder auch anregen einige Punkte nicht zu machen.

Der Stadtrat könne allerdings dem Aufsichtsrat nicht in ein Projekt „hinein regieren“, das in dieser Form im Aufsichtsrat weder beantragt noch debattiert worden sei.

Er weist darauf hin, dass die Möglichkeit bestehe diesen Antrag in der nächsten Aufsichtsratssitzung zu stellen, dann müsse man damit wieder zurück in den Stadtrat.

Ferner sei es nicht so, dass Geld im Überfluss vorhanden sei. Entscheide man sich bei den beiden zurück gestellten Punkten Bühnentechnik und Dach für die angedachte konzeptionelle Umsetzung, dann seien die Reserven erschöpft. Dementsprechend seien die 100.000 Euro nicht mehr im Budget vorhanden.

Unabhängig davon könne er nicht zustimmen einen Beschluss zu fassen, der versuche den Aufsichtsrat zu binden.

Rm Lehmkuhler (SPD) merkt an, der Hintergrund sei, dass bestimmte Kreise nach wie vor verbreiteten, dass durch die BUGA mehr Bäume gefällt, als gepflanzt worden seien. Jeder wisse, dass das Gegenteil richtig sei. Dies müsse man in diesem Zusammenhang deutlich machen.

Rm Diehl (CDU) stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters zu und bestätigt, dass die BUGA GmbH nicht dafür zuständig sei, im Stadtgebiet Bäume zu pflanzen.

Man habe außerdem einen Sparbeschluss, den es ernst zu nehmen gelte. Es hätten so viele Leute Bäume gestiftet, sodass es sicher möglich sei, Bäume für Stellen, die den Bürgern gefielen, stiften zu lassen.

Die Stadt müsse nicht zwangsläufig Gelder verausgaben und den Bürgern signalisieren, sie bräuchten nicht zu spenden. Sein Weg eines sparsamen Haushaltens als Ratsmitglied sei dieses Vorgehen nicht, weshalb er dagegen sei.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) äußert zu den Ausführungen von Rm Lehmkuhler (SPD), dass dieser sie bei dem damaligen Änderungsantrag im BUGA Ausschuss massiv unterstützt habe.

Der Hintergedanke des Antrages sei gewesen, dass man einen Teil der umzusetzenden Maßnahmen haben wolle, der extrem nachhaltig sei. Dafür habe sich auch die BUGA Geschäftsführung immer eingesetzt.

Sie möchte sichergestellt wissen, dass diese Stadtbäume gepflanzt würden und da im städtischen Haushalt keine Mittel vorhanden seien, wäre es ggf. möglich, dies über die BUGA GmbH zu machen.

Sie schlägt vor, den Antrag wie folgt abzuändern:

„Der Stadtrat bittet den Aufsichtsrat 100.000 Euro für die Koblenzer Stadtbäume zur Verfügung zu stellen“ oder „Der Stadtrat bittet den Aufsichtsrat zu prüfen, ob es möglich ist 100.000 Euro für die Koblenzer Stadtbäume zur Verfügung zu stellen“.

Da der Antrag nicht zurückgezogen wird, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dar, dass die Prüfbitte die harmloseste Variante sei. Er spreche sich allerdings auch gegen diese aus, da er der Meinung sei, dass man das Nachnutzungskonzept abschließend behandelt habe.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann verweist darauf, dass es üblich sei, Anträge, die nicht direkt im Rat beschlossen werden könnten, in den zuständigen Ausschuss bzw. den Aufsichtsrat zu verweisen.

Man bitte deshalb darum hier ebenfalls so zu verfahren.

Dem stimmen Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig und die antragstellende Fraktion zu. Der Antrag wird in den Aufsichtsrat verwiesen.

Rm Wefelscheid (BIZ) stellt dar, dass man drei Streichungsanträge, nämlich TOP 7 A Nr. 9, 13, und 23 sowie eine Änderung zu TOP 7 A Nr. 19 habe.

Den Antrag zur Streichung von TOP 7 A Nr. 14 und 15 ziehe man zurück.

Er führt aus, dass Nr. 9 und Nr. 23 beide Pflanzungen betreffen. Bei Nr. 9 solle für 150.000 Euro ein Wechselflor vor dem Schloss installiert werden. Dies sei aus Sicht der BIZ-Fraktion eine rein ästhetische Entscheidung, die nicht zwingend notwendig sei. Ebenso verhalte es sich mit Nr. 23, wo im nördlichen Parkteil für 75.000 Euro ein Eichenboskett angelegt werden solle.

Dies seien summiert 225.000 Euro und man sei der Meinung, dass man den Gedanken der Eckwertebeschlüsse auch auf die Gesellschaften übertragen solle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist darauf, dass die Anträge bereits im Haupt- und Finanzausschuss keine Mehrheit gefunden hätten. Er stellt fest, dass es richtig sei, dass es

sich um freiwillige Leistungen handele, man hier aber auf zahlreiche Bürgeranregungen eingegangen sei. Ob man dies möchte oder nicht sei eine rein politische Frage an das Auditorium. Insofern spreche nichts dagegen diesen Antrag zu Abstimmung zu bringen.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU, FBG und mehrheitlich der FDP, bei Zustimmung der BIZ und Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Rm Kaiser (FDP) mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorlage wird in diesem Punkt somit nicht abgeändert.

Rm Wefelscheid (BIZ) erläutert die Streichung der Nr. 13, TOP 7 A. Man sei nicht der Meinung, dass vor der Basilika St. Kastor nicht mehr geparkt werden sollte. Es sei für Anwohner sehr schwierig, einen Parkplatz zu finden und auch das Sichtfeld auf die Basilika werde durch Parken nicht beeinträchtigt.

Er bitte deshalb darum diesen Punkt zu streichen. Die Verwaltung solle dem Rat Vorschläge unterbreiten, ob diese Fläche als Anwohnerparkplätze ausgewiesen werden könnte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig geht darauf ein, dass auch dieser Punkt bereits in den Vorberatungen kontrovers diskutiert worden sei und keine Mehrheit gefunden habe. Er bittet Frau Kirchner (BUGA GmbH) zu erläutern, warum dieser Punkt empfohlen worden sei.

Sie stellt dar, dass es sich um einen Vorschlag der Verwaltung handele, der durch die BUGA GmbH übernommen worden sei und es konkret um die Parkplätze unmittelbar vor dem Brunnen gehe.

Man halte es für einen sinnvollen Vorschlag, dort die Straße, wie zur Zeit der BUGA, frei zu halten. Dies sei gut für den Ort und die Kirche und es handele sich um fünf Parkplätze, die sich nicht wesentlich auf eine Parkraumbilanz auswirkten.

Rm Dr. Kneis (BIZ) fragt nach, ob es richtig sei, dass nur auf der Seite der Straße zur Kirche hin keine Fahrzeuge parken dürften.

Frau Kirchner bestätigt dies, da es nur um die Front vor dem Kirchenplatz gehe.

Rm Dr. Kneis (BIZ) gibt an, dass es nur Sinn mache auf beiden Straßenseiten ein Parkverbot einzurichten, da erst dann die Sicht frei sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erwidert, dass genau gegenüber die Bushaltestelle sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erläutert, dass man gerade auch bei Stadtführungen durch das Parkverbot einen ungehinderten Zugang auf die Kirche zu habe. Dies habe sich in der Zeit der BUGA bewährt und auch der Blick auf die Kirche und die Brunnenanlage sei dadurch freier.

Er plädiert dafür, diesen Punkt nicht zu streichen.

Der Streichung wird bei 20 Ja- und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Rm Wefelscheid führt aus, dass TOP 7 A Nr. 19 zu unbestimmt formuliert sei. Er wünsche sich hier noch einen Finanzierungsvorbehalt.

Er schlägt deshalb folgende Formulierung vor:

„Im Festungspark, auf den Flächen des Landes, wird angestrebt die Staudenflächen vor den Eichenbosketten, vorbehaltlich der Finanzierbarkeit, dauerhaft zu erhalten.

Man wisse nicht, was der Beschluss nach sich ziehe, wenn man dies nun beschließe.

Frau Kirchner trägt vor, dass man die dauerhafte Erhaltung nun beschließen müsse. Finanzielle Auswirkungen habe schließlich nur die Pflege und nicht die dauerhafte Erhaltung.

Bei einem Finanzierungsvorbehalt könne es nur um die Frage gehen, wer die Stauden dauerhaft erhalte. Diese Frage werde voraussichtlich innerhalb des nächsten Vierteljahres geklärt. Die Freunde der BUGA hätten sich bereit erklärt, die Unterhaltung und Pflege in Kooperation mit dem Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen unterstützen zu wollen.

Derzeit sei die Situation so, dass der Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen und das Land eine Lösung finden müssten, wie die Unterhaltung mit Unterstützung des Freundeskreises umgesetzt werden könne.

Sie gehe davon aus, dass es einen verträglichen Weg geben werde, wenn man es im Verhältnis zu dem Nutzen des Erhalts der Flächen betrachte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt zu Protokoll, dass die dauerhafte Pflege einer finanziellen Absicherung bedürfe. Dieser Teil stehe unter Finanzierungsvorbehalt.

Ansonsten sei richtig, dass die Frage, ob die Stauden erhalten werden sollten nun entschieden werden müsse.

Damit sei der Anregung der Sache nach statt gegeben.

Da für keine Einzelziffern des Punktes 7 Einzelabstimmungen beantragt werden, wird Punkt 7 insgesamt zur Abstimmung gestellt.